

Hans-Hermann Hertle, Die DDR-Wirtschaft am Ende. Schürers Schlussbilanz an das SED-Politbüro im Herbst 1969, in: Franz-Josef Schlichting/ Hans-Joachim Veen (Hg.), Der Anfang vom Ende 1989. Schlussbilanz der DDR Diktatur, Tagesseminar der Stiftung Ettersberg und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Augustinerkloster zu Erfurt 28.03.2009, S. 37-64.

*Hans-Hermann Hertle*

## Die DDR-Wirtschaft am Ende. Schürers Schlussbilanz an das SED-Politbüro im Herbst 1989

### I.

Unter dem Druck einer massiven Ausreisewelle und anhaltender Massenproteste entmachteten Politbüro und Zentralkomitee der SED am 17. und 18. Oktober 1989 Generalsekretär Erich Honecker. Doch statt der erhofften Restabilisierung der Macht unter seinem Nachfolger Egon Krenz begann der rapide Zerfall der SED. Von Politik und Wissenschaft völlig unerwartet brach die SED-Diktatur binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen.

Ein wichtiger Faktor des Zusammenbruchs war die seit langer Zeit herangereifte ökonomische Krise der DDR.<sup>1</sup> Während die SED-Propaganda für die DDR einen Rang als zehntstärkste Industrienation der Welt reklamierte und nicht müde wurde, die angeblich „politisch stabile, wirtschaftlich dynamische Entwicklung auf ansteigender Linie“<sup>2</sup> anzupreisen, wurde im innersten Machtzirkel der SED seit Mitte der siebziger Jahre offen über die zunehmenden Struktur- und Verschuldungsprobleme gesprochen und 1988/89 schließlich sogar über den bevorstehenden Bankrott spekuliert.<sup>3</sup>

„Wir müssen den Zusammenbruch verhindern“, appellierte Honecker im Juni 1988 an das Politbüro.<sup>4</sup> Und im September orakelte Günter Mittag, der für die Wirtschaft zuständige Sekretär des Zentralkomitees: „Wir sind an einem Punkt, wo

<sup>1</sup> Der Beitrag ist die bearbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, der unter dem Titel „Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft“ erstmals abgedruckt wurde in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern, Hannover 1998, S. 11-22.

<sup>2</sup> Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der SED, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S. 739.

<sup>3</sup> Die internen Diskussionen im SED-Politbüro über die wirtschaftliche Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren sind dargestellt in: Hans-Hermann Hertle: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995, S. 309-345.; Vgl. dazu auch Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 6/1995, S. 588-602.; sowie André Steiner: Von Plan zu Plan, Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 165 ff.

<sup>4</sup> Zit. nach: [MfS]-HA XVIII/4, Information [über die Beratung im Politbüro am 14.6.1988] von Major Friedrich an Generalmajor Alfred Kleine, 16.6.1988 (BStU, MfS, HA XVIII Nr. 3376, Bl. 47).

die Sache umkippen kann.<sup>5</sup> Im kleinen Kreis von Wirtschaftsexperten äußerte Mittag zehn Wochen später die düstere Zukunftsprognose: „So, wie es jetzt ist, geht es an den Baum, Totalschaden!“<sup>6</sup> Selbst vor dem Allerheiligsten schreckte Erich Honecker im Februar 1989 nicht zurück, als er während der Beratungen über den Fünfjahrplan 1991-1995 eine Kürzung des Militäretats um drei Milliarden Mark vorschlug. Im Anschluss an eine Politbüro-sitzung wurde im Sechsaugengespräch mit Günter Mittag und dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, als Begründung spontan eine neue Militärdoktrin erfunden: Man solle ab sofort davon ausgehen, „daß es keinen Krieg mehr gibt. Entgegenstehende Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates müßten aufgehoben werden.“<sup>7</sup> Im Mai 1989 gab Gerhard Schürer im kleinen Kreis der für die Beratungen verantwortlichen Mitglieder des Politbüros schließlich bekannt, dass die Westverschuldung monatlich um 500 Millionen Valutamark zunehme und „bei Fortsetzung dieser Entwicklung die DDR 1991 zahlungsunfähig ist.“<sup>8</sup> Sehendes Auges führte das SED-Politbüro somit die DDR in den ökonomischen Bankrott.

Die drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR zeigte an, dass sich das Scheitern der seit dem Machtantritt Erich Honeckers im Jahr 1971 eingeleiteten Strategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ insgesamt nicht länger verdrängen ließ. Das in dieser Formel enthaltene wohlfahrtsstaatliche Versprechen der SED-Führung, das sich in einem Wohnungsbauprogramm, Lohn- und Rentenerhöhungen, einer verbesserten Versorgungssituation sowie zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen manifestierte, war von Beginn an nicht ökonomisch fundiert. Es folgte vielmehr politisch-legitimatorischen Opportunitätsabwägungen und zielte darauf ab, „mangelndes Legitimationseverständnis durch materielle Versorgung und soziale Sicherheit zu kompensieren.“<sup>9</sup>

Obwohl sich schnell zeigte, dass die Mittel für dieses realsozialistische Wohlfahrtspostulat - nicht zuletzt aufgrund sich wandelnder außenwirtschaftlicher Bedingungen<sup>10</sup> - aus eigener Wirtschaftskraft nicht aufzubringen waren, wurden Korrekturen aus Furcht vor sozialen Eruptionen und politischer Instabilität unter-

lassen. Die zusätzlichen Ausgaben für die „sozialpolitischen Errungenschaften“ gingen zu Lasten der Substanz: Die Rücknahme der Investitionsquote, die Herabwirtschaftung des Produktionspotentials, der Verfall der Infrastruktur, die Verrottung des Altbaubestandes und ein beispielloser ökologischer Raubbau waren einige der Folgen.<sup>11</sup> Die Verschiebung der *Terms of trade* im Intra-blockhandel zugunsten des Rohstofflieferanten Sowjetunion und die Defizite des Warenaustausches im Ostblock wurden zudem durch kreditfinanzierte Investitions- und Konsumgüterimporte aus dem Westen ausgeglichen.

Die damit in Gang gesetzte Verschuldungsspirale wurde von der SED-Spitze ab 1975 aufmerksam registriert und diskutiert, aber trotz zunehmender Brisanz nicht unterbrochen. Finanzielle Transferleistungen, die der DDR aus zahlreichen Verträgen und Vereinbarungen mit der Bundesrepublik zufließen, und insbesondere die Bonner Milliardenkredite der Jahre 1983 und 1984 halfen den Ausfall ökonomischer Leistungen der Sowjetunion und andere Engpässe zu überbrücken und die Bonität der DDR auf den internationalen Finanzmärkten wiederherzustellen; vor den Folgen der sich seit Mitte der 1980er Jahre zuspitzenden ökonomischen Krise konnten sie die DDR nicht bewahren.

Insoweit die ökonomische Hilfe der Bundesregierung an „menschliche Erleichterungen“ wie die Erweiterung des Reiseverkehrs und die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten als politische Gegenleistungen gebunden war, verursachte sie in der DDR zusätzliche innenpolitische Destabilität.

## II.

Nach dem Sturz Honeckers, in der ersten von Krenz geleiteten Politbürositzung am 24. Oktober 1989, wurde dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission aufgetragen, im Rahmen einer Arbeitsgruppe, der der Außenhandelsminister Gerhard Beil, sein Staatssekretär, der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und Stasi-Obrist Alexander Schalck, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, sowie der Finanzminister Ernst Höfner angehörten, „eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation“ auszuarbeiten. Daneben sollte Schürer für die 10. Tagung des SED-Zentralkomitees, die für den 8. bis 10. November 1989 anberaumt war, einen Beschlusentwurf über notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR ausarbeiten.<sup>12</sup>

Natürlich war die dramatische ökonomische Lage den meisten Mitgliedern des Politbüros bekannt, und Krenz selbst war in den Jahren zuvor von Alexander Schalck und Gerhard Schürer eingehend über den drohenden Zusammenbruch unterrichtet worden. Nie hatte dem Politbüro jedoch eine detaillierte Gesamt-

<sup>11</sup> Vgl. Günter Kusch/Rolf Montag/Günter Specht/Konrad Wetzker: *Schlußbilanz - DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin 1991, S. 18 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.10.1989 (BArch, DY 30/1) IV 2/2(2354).

<sup>5</sup> Siegfried Wenzel: *Arbeitsniederschrift über eine Beratung beim Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, zu den Materialien des Entwurfs der staatlichen Aufgaben 1989, 6. September 1988* (BArch, DE 1/56318).

<sup>6</sup> Zit. nach Heinz Klopfer: *Persönliche Notizen über ein Gespräch beim Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Dr. Günter Mittag, 23.11.1988* (BStU, MfS, HA XVIII Nr. 3374, Bl. 118).

<sup>7</sup> HA XVIII/4, Vermerk, 22.2.1989 (BStU, MfS, HA XVIII Nr. 7318, Bl. 30/31).

<sup>8</sup> Darlegungen Gerhard Schürers zur Zahlungsbilanz mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, 16.5.1989 (BArch, DE 1/56317).

<sup>9</sup> Rainer Lepsius, *Die Bundesrepublik - ein neuer Nationalstaat?* In: *Berliner Journal für Soziologie* 1/1994, S. 10.

<sup>10</sup> Vgl. Jörg Roessler: *Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv* 5/1993, S. 558-572; siehe auch: Ralf Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die DDR im RGW - Strukturen und handelspolitische Strategien 1963-1976*, Köln 2000.

analyse schriftlich vorgelegen. Für Krenz hatte diese nicht alleine deshalb äußerste Priorität, weil er bei seinem Amtsantritt am 18. Oktober im Zentralkomitee ein Bekenntnis für mehr Offenheit und eine größere Nähe zur Wahrheit abgelegt hatte. Wenn man schon die Augen vor der prekären ökonomischen Lage nicht mehr verschließen konnte, mussten die Zahlen zu Beginn seiner Amtszeit auf den Tisch. Noch war die Hauptschuld am ökonomischen Desaster Erich Honecker und Günter Mittag zuzuweisen; jeder Tag Zeitverzug musste jedoch dazu führen, dass der neue Generalsekretär – über die politische Verantwortung hinaus, die er ohnehin trug – auch in die Verantwortung für die ökonomische Lage gezogen wurde.

Mit ihrer „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“, die dem Politbüro am 31. Oktober vorlag, konfrontierten Schürer, Schalck, Beil, Donda und Höfner das Führungszentrum mit einer niederschmetternden Bilanz.<sup>13</sup> Gleich eingangs wurde festgestellt, dass sich die bisherigen Erfolgsmeldungen in einer „tatsächlichen“ Analyse ausnahmslos als Negativposten darstellten:

- Das bis dahin gepriesene „dynamische Wachstum des Nationaleinkommens“ hatte sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verlangsamt;
- Trotz der Intensivierungsmaßnahmen wurde die im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 vorgesehene Senkung des Materialverbrauchs nicht erreicht;
- Die Investitionen in die Mikroelektronik erwiesen sich als Milliardengrab; der Einsatz und Export mikroelektronischer Erzeugnisse musste jährlich mit über drei Milliarden Mark gestützt werden;
- Unterdurchschnittliche Ernten in den zurückliegenden Jahren hatten die in den Vorjahren bereits abgelösten Getreideimporte aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) erneut erforderlich gemacht;
- Der Ausbau der Infrastruktur im Verkehrswesen war sträflich vernachlässigt worden;
- Der Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung überstieg prozentual das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit der Folge inflationärer Tendenzen;
- Die Konzentration auf den Neubau von Wohnungen hatte zur gleichen Zeit durch die Nichtausführung dringender Reparaturarbeiten zur Verrottung des Altbestandes geführt;
- Angesichts des übermäßigen Planungs- und Verwaltungsaufwandes und der Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab hielt die Behauptung, über ein funktionierendes System der Planung und Leitung zu verfügen, einer strengen Prüfung nicht stand.

<sup>13</sup> Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda: Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989 (BArch, DY 30/1/IV 2/2A/3252); dok. in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer: die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 448 ff. – Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Quelle.

Um ein „ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage“ zu geben, hieß es deshalb einleitend, müsse „auf bedeutende Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden. Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 Prozent hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt“ (S. 4). Als Hauptfakten der ökonomischen Lage werden benannt:

1. Der Rückgang der Investitionsquote insgesamt, insbesondere aber im produktiven Bereich (1970: 16,1 Prozent; 1988: 9,9 Prozent) und die damit verbundenen Auswirkungen (Zurückbleiben der Zulieferindustrie, Zunahme des Verschleißgrades der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 Prozent im Jahr 1975 auf 53,8 Prozent 1988, in Teilbereichen auf über 60 Prozent; abnehmendes Wachstumstempo des Nationaleinkommens).
2. Die Zunahme des durch Leistungen nicht gedeckten Verbrauches zu Lasten einer steigenden Verschuldung im kapitalistischen Ausland (von 2 Milliarden Valutamark 1970 auf 49 Milliarden Valutamark 1989<sup>14</sup>) und der Verschuldung des Staates gegenüber dem inneren Kreditssystem (von rund 12 Milliarden Mark 1970 auf 123 Milliarden Mark 1988), damit verbunden ein sich ständig vergrößernder Kaufkraftüberhang und wachsende Sparguthaben, die ihrerseits wieder steigende Zinszahlungen an die Bevölkerung zeitigten, was sich insgesamt als Schwächung der Währung auswirkte).
3. Die Nichterfüllung des Exports in den Westen („NSW-Export“) im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 in bedeutendem Umfang.

<sup>14</sup> Die Tatsache, dass im Nachhinein zum Stichtag 31. Mai 1990 mit 27,4 Mrd. DM eine wesentlich niedrigere Netto-Westverschuldung der DDR errechnet wurde (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 14 ff.) und die tatsächliche Westverschuldung der DDR auch im Herbst 1989 wesentlich niedriger als mit 49 Mrd. Valutamark zu veranschlagen ist (vgl. Armin Volz: Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 5/1996, S. 701-713), muss hier nicht ins Gewicht fallen. Was post-mortem in einer Schlussbilanz an Aktiva und Passiva verrechnet wird, stellt sich in der Regel anders dar als Bilanzen bei laufendem Geschäft und vollem Risiko. Zu Recht weist Volz darauf hin, dass auch eine geringere Westverschuldung an der drohenden Zahlungsunfähigkeit im Grundsatz nichts geändert hätte. Die DDR-Wirtschaft war so wenig konkurrenzfähig und ihre Exportkraft so geschwächt, dass prinzipiell „die notwendigen Devisen für den Schuldendienst kaum mehr hätten erwirtschaftet werden können“ (ebd., S. 711).

Die dadurch bedingte Mehrverschuldung, resümierten die Autoren, bedeute eine „grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR“ (S. 10): „Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienstrate - das Verhältnis vom Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen - nicht mehr als 25 Prozent betragen sollte. Damit sollen 75 Prozent der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstrate von 150 Prozent. Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der ‚Socket‘<sup>15</sup> wird bei einem NSW-Exportüberschuß von 0,3 bis 0,5 Milliarden Valutamark auf ca. 57 Milliarden Valutamark Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Milliarden Valutamark. Wenn der Anstieg des ‚Sockets‘ verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Milliarden Mark aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von drei Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion von 25 bis 30 Prozent erfordert“ (S. 11).

Da die zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit in den Jahren 1990 bis 1995 notwendigen Exportüberschüsse als nicht erreichbar angesehen wurden, konstatierte die Analyse die unmittelbar bevorstehende Zahlungsfähigkeit der DDR und warnte vor deren Folgen: „Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wären ein Moratorium (Umschuldung), bei der der Internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u.ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung von Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, dem Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden. Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird“ (S. 12).

In einer als „Geheime Kommandosache“ deklarierten Zusatzinformation klärten Schürer, Schalck, Beil, Donda und Höfner ausschließlich Krenz darüber auf, auf welch töneren Füßen bereits die laufende Kreditgewährung stand:

*„Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei 8 bis 10 Milliarden Valutamark. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei ca. 400 Banken jeweils mobilisiert werden muß. Kapitalistische Banken haben für ihre Kreditausreichung gegenüber den sozialistischen Ländern - ebenso wie gegenüber Entwicklungsländern - Länderlimite festgelegt. Die weitere Beschaffung von Krediten in den Jahren bis 1995 ist maßgeblich abhängig von*

- der Wirkung politischer Faktoren auf die Kreditvergabebereitschaft kapitalistischer Banken und der Haltung der Regierung solcher Länder wie Japan und der BRD, die zu den wichtigsten Kreditgebern der DDR gehören;
- der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR, insbesondere der Außenhandelsentwicklung, der Kostenentwicklung, der Akkumulationskraft, der Geldstabilität, der Arbeitskräfteentwicklung usw.;
- der Beibehaltung relativ hoher Anlagen bei ausländischen Banken, die als Guthaben der DDR in Erscheinung treten, auch wenn es sich um Depositen und bereits mobilisierte, noch nicht eingesetzte Kredite handelt. Bei Wahrung der Geheimhaltung über den tatsächlichen Charakter dieser Guthaben tragen sie ganz wesentlich zum Ansehen der DDR als zuverlässiger Kreditnehmer bei.

Diese ‚Guthaben‘ bestehen aus:

- Guthaben von Ausländern in Form von Depositen und Einlagen, die unsere Banken aufgenommen und wieder eingelegt haben, in Höhe von 5,3 Milliarden Valutamark;
- Mit kapitalistischen Banken vertraglich vereinbarte Kredite, die bis zu ihrem Einsatz von uns angelegt werden, in Höhe von 8,4 Milliarden Valutamark;
- Umlaufmitteln des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von 2,7 Milliarden Valutamark;
- Valutaguthaben von DDR-Bürgern (in Höhe von, d.Vf.) 0,3 Milliarden Valutamark.

Bei Informationen über Guthaben der DDR, die durch ausländische Banken oder Kreditinstitutionen erfolgen, werden alle diese Mittel als ‚Guthaben der DDR‘ angesehen, da die tatsächlichen Quellen diesen Banken nicht bekannt sind. Für die Kreditwürdigkeit der DDR ist das sehr positiv, für die tatsächliche Verschuldung jedoch wirkungslos. Bei einer Einbeziehung dieser Faktoren in unseren Ausweis der Verschuldung müßten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten in gleicher Höhe aufgenommen werden. Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten daraus bleibt unverändert. Im Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit ist eine absolute Geheimhaltung dieser Fakten erforderlich. Sie dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden.“<sup>16</sup>

Weil eine Veröffentlichung der vorgelegten Verschuldungszahlen und eine Aufhellung des wirklichen Charakters der „Guthaben“ der DDR die Kreditwürdigkeit

<sup>15</sup> Die solide und statisch klingende Bezeichnung „Socket“ wurde in der Sprache des Politbüros als Synonym für die dynamisch wachsende Verschuldung benutzt.

<sup>16</sup> Gerhard Schürer: Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“), Geheime Kommandosache b 5 - 1156/89, Berlin, 27. Oktober 1989, S. 1-3 (Privatarchiv des Verfassers).

der Banken der DDR unmittelbar zu gefährden drohte, rieten die Ökonomen dringend zur Geheimhaltung dieser Zusatzinformation.

Als Schlussfolgerung ihrer Analyse schlugen die Autoren dem Politbüro eine „grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“ vor, deren Hauptaufgabe es sei, „Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen“ (S. 13). Ihr neues wirtschaftspolitisches Credo lautete:

*„Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muß als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens“ (S. 13).*

Die vorgeschlagene Wirtschaftsreform, als deren Ziel eine „an Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus“ angegeben wurde, sollte sieben Aufgaben lösen:

1. Stärkung der produktiven Akkumulation vorwiegend in den exportfähigen Industriezweigen;
2. Konzentration der Kräfte auf die Lösung der Zulieferprobleme,
3. Stärkung der produktiven Bereiche durch eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials: Abbau unproduktiver Tätigkeiten im administrativen und gesellschaftlichen Bereich;
4. konsequente Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips durch individuell bezogene materielle Anreize;
5. Konzentration der Investitionen auf Erhaltungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen der in den komplexen Wohnungsbau zu investierenden Ressourcen;
6. grundlegende Veränderung der Subventions- und Preispolitik ohne vollen Ausgleich;
7. Reduzierung der Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau; Umorientierung auf Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz.

Gemessen am Umfang dieser Aufgaben nahmen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen eher bescheiden aus. Ein Abbau der überdimensionierten, unproduktiven Politbürokratie vom Partei- über den Wirtschafts- bis hin zum Sicherheits- und Militärapparat wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen. Stattdessen sollte die bürokratische Zentralisierung in Planung und Leitung abgebaut, die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe gestärkt, die Rolle des Geldes als Maßstab

für Leistung und wirtschaftlichen (Miss-)Erfolg erhöht sowie die Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern verbessert werden. Doch selbst „wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden“, warnte die Analyse voreilige Optimisten, sei der für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche Exportüberschuss nicht erzielbar:

*„1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen, heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen“ (S. 19).*

Der Ausweg aus dieser dramatischen Situation bestehe allein in einer Verbindung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Änderung der Wirtschaftspolitik mit einer forcierten Kooperation mit kapitalistischen Ländern, wobei einerseits die an einer Stärkung der DDR als politischem Gegengewicht zur Bundesrepublik interessierten Länder wie Frankreich, Österreich und Japan ins Auge gefasst wurden, andererseits der Bundesrepublik die Schlüsselrolle zugewiesen wurde. Für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit sei es unerlässlich, „mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln“ und dafür notfalls die Einnahmen aus der Transpauschale der Jahre 1996 bis 1999 als Sicherheit einzusetzen (S. 21).<sup>17</sup> Damit würde zwar die Verschuldung erhöht, aber zumindest Zeit gewonnen und ein eventuelles Diktat des Internationalen Währungsfonds vermieden.

Um die konservativ-liberale Bundesregierung für diesen Kredit zu erwärmen, solle ihr gegenüber - aber ausdrücklich unter Ausschluss jeder Idee von Wiedervereinigung und der Schaffung einer Konföderation - erklärt werden,

*„daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen“ (S. 22).*

Dafür wurde die Forderung gestellt:

*„Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen*

<sup>17</sup> Die Einnahmen aus der Transpauschale der Jahre 1991 bis 1995 waren bereits verplant.

*Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Milliarden Mark entstanden ist“ (S. 22).*

Als „Zeichen der Hoffnung und der Perspektive“ und um einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung ihres Angebots abzustecken, griffen die Autoren einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf und empfahlen, „1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten“ (S. 22).

Es bedurfte wenig Phantasie, die Wirkungen vorauszu sehen, die eine Veröffentlichung der in der Analyse der führenden Wirtschaftsfunktionäre dargelegten Fakten zur Lage der DDR-Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt in der Bevölkerung, aber auch im SED-Zentralkomitee hervorgerufen hätten. So beschloss das Politbüro am 31. Oktober 1989, nach Auskunft Schürers ohne längere Aussprache<sup>18</sup>, den Schlussfolgerungen der Analyse zwar als „Arbeitsgrundlage“ zuzustimmen, sie jedoch, um die Mitglieder des Zentralkomitees der SED nicht zu schockieren, der 10. ZK-Tagung nur wohlwollend, nämlich in „ausgewogener Form“, in der Rede von Egon Krenz vorzustellen.<sup>19</sup>

Sollte es die ursprüngliche Intention Schürers und seiner Mitautoren gewesen sein, sich angesichts des drohenden Bankrotts vorsichtig einer Konföderationsdiskussion zu öffnen, so wurde ihr Vorstoß verschleiert. Aus Rücksichtnahme auf die zuvörderst an der Sowjetunion orientierten Politbüromitglieder hatte Krenz Schürer nicht nur gedrängt, den Ausschluss jedes Gedankens an Wiedervereinigung und Konföderation in die Vorlage aufzunehmen und dadurch jeder diesbezüglichen Diskussion nach Möglichkeit aus dem Weg zu gehen. Im Reinschriftenprotokoll wurde zudem jener Passus aus der Vorlage gestrichen, in dem „die heute existierende Form der Grenze“, mithin die Mauer, zur Disposition gestellt wurde.<sup>20</sup> Die Ausradierung allein konnte jedoch nicht aus der Welt schaffen, dass die führenden Ökonomen den Vorschlag, die Mauer gegenüber der Bundesregierung als Tauschmittel für neue Kredite einzusetzen, als letzte Möglichkeit in Betracht zogen, das politische und ökonomische Überleben der DDR zu sichern. In der Begründung seiner Vorlage im Politbüro hatte Schürer diese Tauschüberlegungen ausdrücklich hervorgehoben:

<sup>18</sup> Gerhard Schürer, in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer, a. a. O., S. 319.

<sup>19</sup> Vgl. Protokoll Nr. 47 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 31. Oktober 1989 (BArch, DY 30/J IV 2/2/2356).

<sup>20</sup> Vgl. die Reinschrift der Politbüro-Vorlage (BArch, DY 30/J IV 2/2/2356) mit der ursprünglichen Vorlage (BArch, DY 30/J IV 2/2A/3252).

*„Auf der letzten Seite sind wir bis zur großen Politik der Form der Staatsgrenze gegangen. Wir wollen deutlich machen, wie weit Überlegungen angestellt werden sollen. Diese Gedanken sollen aufmerksam machen, daß wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können“. Und warnend fuhr er fort: „Wenn die Forderungen erst von der Straße oder gar aus Betrieben gestellt werden, wäre die Möglichkeit einer Initiative von uns wieder aus der Hand genommen.“<sup>21</sup>*

### III.

Am 1. November, einen Tag nach der Behandlung der Krisen-Analyse im SED-Politbüro, erstattete Egon Krenz in Moskau Bericht über die desolate Lage der DDR.<sup>22</sup> Doch KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow machte Krenz klar, dass angesichts der eigenen Nöte der Sowjetunion mit wirtschaftlicher Hilfe aus Moskau nicht zu rechnen wäre. Gorbatschows Ratschläge liefen darauf hinaus, der DDR-Bevölkerung, die aus Unzufriedenheit bereits jetzt zu Zehntausenden davonlief, schonend beizubringen, dass sie bislang über ihre Verhältnisse gelebt habe und sich in Zukunft auf bescheidenere Verhältnisse einstellen müsse. Wollte sich Krenz dieser Logik mit ihren unkalkulierbaren Folgen für die politische Stabilität der DDR nicht beugen, dann blieb nur die Möglichkeit, dem Vorschlag der Ökonomen zu folgen und es unter der Hand möglichst schnell mit einer kalkulierten Erweiterung der deutsch-deutschen Kooperationspielräume zu versuchen.

Am 6. November 1989 reiste Alexander Schalck im Auftrag von Krenz zu Verhandlungen mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nach Bonn. In den Mittelpunkt des Gesprächs rückte Schalck Kreditwünsche der DDR mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 12 bis 13 Milliarden DM. Seine dringlichste Bitte war, dass sich die Bundesregierung kurzfristig an der Finanzierung des mit dem Reisegesetz zu erwartenden erweiterten Reiseverkehrs beteiligen sollte, wobei es um eine Größenordnung von 3,8 Milliarden DM ging.<sup>23</sup>

Die Bundesregierung zeigte sich gesprächs- und verhandlungsbereit, knüpfte ökonomisches Entgegenkommen jedoch an politische Bedingungen. Wenn die SED auf ihr Machtmonopol verzichte, unabhängige Parteien zulasse und freie Wahlen

<sup>21</sup> Gerhard Schürer: Begründung zur Vorlage „Analyse der Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ (Redemanuskript), Berlin, 31.10.1989, S. 9 (Privatarchiv des Verfassers).

<sup>22</sup> Vgl. Niederschrift des Gesprächs des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 1.11.1989 in Moskau, Berlin, 1. November 1989 (BArch, DY 30/J IV 2/2.039/329); dok. in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer, a. a. O., S. 462 ff.

<sup>23</sup> Der Vermerk von Alexander Schalck über sein Gespräch mit Wolfgang Schäuble und Rudolf Seiters am 6. November 1989 ist dok. in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer, a. a. O., S. 483 ff.

verbindlich zusichere, gab Bundeskanzler Helmut Kohl am Morgen des 8. November in der Debatte des Bundestages zur Lage der Nation bekannt, sei er bereit, „über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen.“<sup>24</sup> Durch einen Staatsbesuch des Kanzlers in Polen war die Bonner Verhandlungsschiene jedoch für die SED bis zum 14. November blockiert.

Als in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Mauer fiel, sah sich Hans Modrow als frischgewählter Vorsitzender des DDR-Ministerrates der wichtigsten Verhandlungsmasse für Milliardenbeträge zur ökonomischen Stabilisierung der DDR beraubt; mit dem Mauerdurchbruch hatte das Volk der Partei- und Staatsführung das letzte Faustpfand für gleichberechtigte Verhandlungen aus der Hand geschlagen.

Mit ihrer geheimen Orientierung auf die Bundesrepublik waren SED-Spitze und Staatssicherheit ihrem Volk voraus; die Rufe „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland-einig Vaterland“ sollten erst ab der zweiten Novemberhälfte das Bild der Demonstrationen bestimmen. Die Zielrichtung freilich war entgegengesetzt: Ging es den Demonstranten um die Beseitigung des SED-Staates und die Herstellung der deutschen Einheit unter demokratischen Vorzeichen, so beabsichtigten die SED-Führung und die Staatssicherheit, ihre Herrschaft mit Bonner Hilfe für einen absehbaren Zeitraum zu stabilisieren. Der Fall der Mauer machte diese Absichten zunichte. Die anhaltende Massenausreise und die Massendemonstrationen, die auch in der zweiten Novemberhälfte fortgesetzt wurden, erzwangen den Verzicht auf den Führungsanspruch der SED in der DDR-Verfassung sowie die Gewährung freier Wahlen. Innerhalb weniger Wochen zerfielen die zentralen Parteistrukturen; Politbüro, ZK-Sekretariat und Zentralkomitee lösten sich selbst auf. Ohne die Steuerungszentrale der Partei zerbröselten die staatlichen Machtstrukturen, an erster Stelle die Staatssicherheit.

„Die politischen Ereignisse haben die Aussagen der ökonomischen Analyse und ihre Schlussfolgerungen in wenigen Tagen überholt und unmöglich gemacht“, lautet das Fazit Gerhard Schürers. „Die Maueröffnung, so wie sie vorgenommen worden ist, ohne jede Gegenleistung, hat es der DDR unmöglich gemacht, als Staat weiter zu existieren.“<sup>25</sup>

Gegenüber der Verrottung ganzer Industriezweige und der Infrastruktur, dem baulichen Verfall der Städte und Dörfer und gigantischen ökologischen Schäden und Entsorgungsproblemen erwies sich nach dem Ende der DDR das für die SED-Führung schier unlösbare Problem der Westverschuldung noch als das geringste aller Probleme im vereinten Deutschland. Die Überwindung des verheerenden ökonomischen Erbes der SED-Diktatur, der Aufbau wettbewerbsfähiger industrieller Strukturen und damit auch die Angleichung der Lebensverhältnisse in

<sup>24</sup> Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 173. Sitzung, 8.11.1989, Stenographischer Bericht, S. 13017.

<sup>25</sup> Gerhard Schürer, in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer, a. a. O., S. 320.

den alten und neuen Bundesländern ist auch nach 20 Jahren noch nicht abgeschlossen.

Ausgerechnet der DDR-Staatssicherheitsdienst zeigte in dieser Frage schon im Oktober 1989 Weitsicht. Am 27. Oktober 1989, vier Tage vor der Behandlung von Schürers Krisenpapier im Politbüro, trafen sich die Bilanz- und Planexperten der Stasi zu einer Lagebesprechung.<sup>26</sup> Der Leiter der Hauptabteilung XVIII zur „Sicherung der Volkswirtschaft“, Generaloberst Alfred Kleine, dem Schürers Papier schon vorlag, beklagte die zu niedrige Arbeitsproduktivität, den Rückgang der produktiven Akkumulation und die hohe Verschleißquote der Ausrüstungen in Industrie und Landwirtschaft, das katastrophal hohe Kostenniveau der Mikroelektronik, die hohen Arbeitsausfallzeiten und die ungenügende Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Um die Industrie zu modernisieren, so Kleine, bestehe ein dringender Investitionsbedarf von nicht weniger als 500 Mrd. Mark, was der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen der DDR entspräche:

*„Ich möchte noch einmal wiederholen, der Investitionsbedarf für die produktiven Grundfonds entspricht der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen!! Jeder von uns hat so viel ökonomische Kenntnisse, um einschätzen zu können, daß die Überwindung dieses Zustandes nicht in einem, nicht in zwei und auch nicht in fünf Jahren erfolgen kann, sondern einen langen Zeitraum einnehmen wird. Schnelle Erfolge sind deshalb nicht zu erwarten.“<sup>27</sup>*

<sup>26</sup> Vgl. zum Folgenden: Referat von Alfred Kleine auf der Linienberatung der HA XVIII am 27.10.1989 (BSTU, MfS, HA XVIII Nr. 563, Bl. 5). – Der Text des Referats ist dok. in: Uwe Bastian: Auf zum letzten Gefecht. Dokumentation über Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, Arbeitspapiere des Forschungsverbunds SED-Staat Nr. 9/1994, 2. erw. Fassung, Berlin 1994.

<sup>27</sup> Ebd., Bl. 11.

## Anhang

Gerhard Schürer/ Gerhard Beil/ Alexander Schalck/ Ernst Höfner/ Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 27.10.1989

Gerhard Schürer  
Gerhard Beil  
Alexander Schalck  
Ernst Höfner  
Arno Donda

Berlin, 27. Oktober 1989  
36 Ex., je 24 Blatt  
37 Ex., 24 Blatt

Vorlage  
für das Politbüro des Zentralkomitees der SED

Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen

Beschlußentwurf: 1. Der Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen wird zur Kenntnis genommen; den Schlußfolgerungen wird zugestimmt.

2. Die Analyse und die Schlußfolgerungen sind in ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des Generalsekretärs, Genossen Egon Krenz, für die 10. Tagung des ZK zugrunde zu legen.

(Unterschrift)  
Gerhard Schürer

Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen:

Gerhard Schürer  
Gerhard Beil  
Alexander Schalck  
Ernst Höfner  
Arno Donda

Die Vorlage wurde ausgearbeitet von:

Begründung: Beschluß des Politbüros vom 24. Oktober 1989, Punkt 1

## Verteiler:

1.- 30. Ex. Politbüro des ZK der SED  
31. Ex. Genosse Schürer  
32. Ex. Genosse Ehrensperger  
33. Ex. Genosse Beil  
34. Ex. Genosse Schalck  
35. Ex. Genosse Höfner  
36. Ex. Genosse Donda

Geheime Verschußsache  
b 5 - 1158/89  
37. Ausf., Seiten 1-22  
Vernichtung: 31.12.1989

Geheimhaltungsgrad darf nicht verändert werden.

### Analys der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen

Ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorzulegen, wird folgendes dargelegt:

I.

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. In einer zur Vorbereitung des XII. Parteitag ausgearbeiteten Analyse werden die auf vielen Gebieten erreichten bedeutenden Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ausführlich dargelegt, die hier nur zusammengefaßt eingeschätzt sind.

Es wurde ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkommens über einen Zeitraum von 17 Jahren in Höhe von rd. 4 % durchschnittlich jährlich realisiert, wobei sich das Wachstum in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Rückgang der produktiven Akkumulation verlangsamt.

Auf dem Wege der Intensivierung wurden volkswirtschaftlich wichtige qualitative Aufgaben gelöst. Beim Einsatz von Roh- und Werkstoffen verminderte sich der spezifische Verbrauch gegenüber 1980 auf 74 %, wobei die Zielstellungen des Fünfjahresplanes 1986 - 1990 zur Senkung des spezifischen Materialverbrauchs nicht erreicht wurden.

Bedeutende Ergebnisse wurden bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien erreicht. Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird infolge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muß gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. Die weitere Entwicklung verlangt dringend die Vertiefung der Kooperation, besonders mit der UdSSR.

Durch steigende Leistungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion in der Landwirtschaft wurde der wachsende Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sowie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet. Die aufeinanderfolgenden unterdurchschnittlichen Ernten in den Jahren 1988 und 1989 erfordern jedoch wiederum Getreideimporte aus dem NS, die durch hohe Anstrengungen in den vergangenen Jahren bereits abgelöst waren.

Das Verkehrswesen wurde mit dem Schwerpunkt der Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Eisenbahn entwickelt und die Elektrifizierung von 20 auf 40 % erhöht. Der Ausbau der Infrastruktur,

darunter das Straßenwesen, mußte insgesamt aufgrund der zurückgehenden Akkumulationskraft vernachlässigt werden; der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch.

Das Realeinkommen der Bevölkerung verbesserte sich allein im Zeitraum 1980 - 1988, wo sich in vielen Ländern die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte, um 4,4 % durchschnittlich jährlich.

Das ist disproportional zum Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit 4,2 %.

Seit 1970 wurden mehr als 3 Millionen Wohnungen neugebaut bzw. rekonstruiert und damit für 9 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DDR, qualitativ neue Wohnbedingungen geschaffen.

Infolge der Konzentration der Mittel wurden zur gleichen Zeit dringendste Reparaturmaßnahmen nicht durchgeführt und in solchen Städten wie Leipzig, und besonders in Mittelstädten wie Görlitz u. a. gibt es tausende von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind.

Auf der Grundlage unseres sozialistischen Planungssystems konnten eine Reihe wichtiger Reformen, insbesondere die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft in allen Hauptbereichen, rechtzeitig gewährleistet werden.

Die Feststellung, daß wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. Durch neue Anforderungen, mit denen die DDR konfrontiert war, entstanden im Zusammenhang mit subjektiven Entscheidungen Disproportionen, denen mit einem System aufwendiger administrativer Methoden begegnet werden sollte. Dadurch entwickelte sich ein übermäßiger Planungs- und Verwaltungsaufwand. Die Selbständigkeit der Kombinate und wirtschaftlichen Einheiten sowie der Territorien wurde eingeschränkt.

Die Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab, zwischen den Zweigen sowie die schnellere Entwicklung der Finalerzeugnisse gegenüber der Zulieferproduktion konnten dadurch jedoch nicht eingeschränkt werden.

Die Bildung und Ausgestaltung der Kombinate war ein richtiger und bedeutender Schritt zur Entwicklung der Leitung und Planung. Die vorgegebene Strategie, daß die Kombinate alles selbst machen sollten, führte zu bedeutenden Effektivitätsverlusten, die sich aus der objektiv notwendigen Vertiefung der Arbeitsteilung und zunehmenden Kooperation ergebenden Effekte konnten nicht genutzt werden.

Dadurch trat u. a. eine Tendenz der Kostenerhöhung ein, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit abnahm.

Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der „1000 kleinen Dinge“ sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben.

Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenwirtschaftung ist richtig. Diese Prinzipien können aber nur effektiv gestaltet werden, wenn reale Pläne mit entsprechenden Reserven in den Bilanzen die Grundlagen sind. Nur unter diesen Bedingungen kann die Flexibilität und Beweglichkeit der Wirtschaft verbessert werden. Infolge der hohen Konsumtionsrate fehlen dazu jedoch materielle und finanzielle Mittel.

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muß im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf besondere Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempes und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis.

Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

Die ökonomische Lage der DDR wird durch folgende Hauptfaktoren gekennzeichnet:

1. Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt.

Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9 % 1988 zurück. Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9 % gleichgeblieben.

Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970 - 1988 auf 122 % stieg, erhöhten sich die Investitionen im nichtproduzierenden Bereich einschließlich Wohnungsbau auf 200 %. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel auf den Wohnungs- und Gesellschaftsbau bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche, wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden.

Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen, darunter der Zulieferindustrie, geführt. Hinzu kommt, daß große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erreicht haben. Auf einer Reihe von Gebieten sind modernste und hocheffektive Ausrüstungen vorhanden, wie z. B. in der Mikroelektronik, im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und auf Teilgebieten der Leichtindustrie, der Möbelindustrie sowie im Bereich Glas- und Keramikindustrie. Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 % 1975 auf 53,8 % 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 % auf 67 %, im Verkehrswesen von 48,4 % auf 52,1 % und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 % auf 61,3 %. In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch ineffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch eine Ursache, daß der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 % etwa gleich blieb.

Zugleich war mit dem ungenügenden Einsatz von Nationaleinkommen für die Akkumulation in den produzierenden Bereichen verbunden, daß eine Reihe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht in die Produktion überführt werden konnten und der Anteil des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des Produktionsverbrauchs, der 1981 - 1985 im Zusammenhang mit der Heizölablösung 30 - 35 % betrug, in der Folgezeit zurückging.

Der Rückgang der produktiven Akkumulation ist Hauptursache für das Abschwächen des Wachstumstempes der Produktion und des Nationaleinkommens, das vor allem ab 1986 wirksam wurde, sowie zunehmender Disproportionen.

Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens 1986 - 1990 liegt voraussichtlich mit 3,6 % bei abnehmender Tendenz bedeutend unter den erreichten Ergebnissen bis 1985. Dieser Faktor des langjährigen Rückgangs der produktiven Akkumulation wird auch nach 1990 noch wirken.

2. Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, daß die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte. Hinzu kommt, daß das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte trotz eines hohen Niveaus der Versorgung zu Mangelerscheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang.

Betrachtet man als Basiszeitraum des nächsten Fünfjahresplanes die Jahre 1986 - 1989 zeigt sich folgendes Bild:

- Die Hauptkennziffern von Leistung und Verbrauch haben sich im Zeitraum 1986 - 1998 durchschnittlich jährlich wie folgt entwickelt:

Wachstum des Nationaleinkommens	3,6 %
Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung	4,0 %
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,3 %
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	4,5 %

Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt.

Der Fünfjahrplan 1986 - 1990 sah gegenüber dem Ist von voraussichtlich 3,6 % ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Nationaleinkommens von 4,8 % vor. Die Differenz zur tatsächlichen Entwicklung beträgt 1986 - 1990 36 Mrd. M volkswirtschaftliches Endprodukt. Der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion beträgt 88 Mrd. M.

Der Ausgleich zwischen diesem Leistungsrückstand und der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben führte zur Senkung der Akkumulation, zur Erhöhung der inneren Verschuldung und der zunehmenden Aufnahme ausländischer Kredite.

- Einer besonderen Beachtung bedarf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Warenfonds.

Die Nettogeldeinnahmen sind mit 4,3 % jährlich schneller gewachsen als die Warenfonds mit 4 %. Für den langfristigen Zeitraum 1980 - 1989 ergibt sich ein Verhältnis von 138,9 % Steigerung der Nettogeldeinnahmen zu 131,4 % Steigerung des Warenfonds. Das führte zu einem permanenten, sich ständig vergrößernden Kaufkraftüberhang.

Das Verhältnis der notwendigen schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Durchschnittslohn hat sich in diesem Zusammenhang abgeschwächt und im Jahre 1987 aufgrund des Zusammenfallens mehrere ungünstiger Faktoren (strenger Winter, starke Ernteausfälle) umgekehrt. Für den Zeitraum 1986 - 1989 zeigt sich durchschnittlich jährlich folgendes Bild:

Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Entwicklung des Durchschnittslohnes

geplant	1,54 : 1
Ist	1,20 : 1

Die Entwicklung der Struktur der Konsumtion im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion und des im Parteiprogramm dazu formulierten Grundsatzes, daß die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sich auch weiterhin hauptsächlich über das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle vollziehen wird, zeigt folgendes:

Während sich im Zeitraum 1986 - 1989 die Geldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich jährlich um 4,3 % erhöhten, sind die indirekten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, als wichtiger Bestandteil des Realeinkommens (oft auch zweite Lohntüte genannt) um 4,9 % durchschnittlich jährlich angewachsen.

Das Tempo der Entwicklung der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt einschließlich der Subventionen für Wohnungswesen, stabile Preise, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung beträgt 1986 - 1988 rund 7 % durchschnittlich jährlich.

Aus der schnelleren Entwicklung der Nettogeldeinnahmen gegenüber den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung ergibt sich im Zeitraum 1986 - 1989 ein aktueller, direkt auf den Binnenmarkt wirkender Kaufkraftüberhang von 6,0 Mrd. M. Das entspricht etwa dem Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung eines ganzen Jahres.

Die Spareinlagen einschließlich Versicherungssparen erhöhten sich von 136 Mrd.: 1985 auf 175 Mrd. M Ende 1989. Das Wachstum beträgt damit durchschnittlich jährlich 6,5 %. Die Zinszahlungen an die Bevölkerung betragen 1989 voraussichtlich 5 Mrd. M. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das Wachsen der Spareinlagen ist einerseits Ausdruck des Vertrauens der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Entwicklung und des Wunsches, mit wachsendem Lebensstandard über persönliche Reserven zu verfügen, hängt aber andererseits zum Teil mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern, zusammen (PKW, HiFi-Anlagen u.ä.).

- Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditssystem entwickelten sich aufgrund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd.: 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. M 1980 und 123 Mrd. M 1988.

In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so daß die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt. Geldumlauf und die Kreditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Effektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, die Angleichung der Industrieabgabepreise an den im internationalen Vergleich zu hohem Aufwand sowie die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes hat zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt.

3. Der Fünfjahrplan 1986 - 1990 für das NSW wird in bedeutendem Umfang nicht erfüllt. Bereits in den Jahren 1971 - 1980 wurden 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Das ist im Zusammenhang mit der dazu erforderlich gewordenen Kreditaufnahme und den Zinsen die Hauptursache des heutigen außergewöhnlich hohen Schuldenberges.

Ab 1981 wurden die Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandene Belastung der Zahlungsbilanz durch Einschränkungen der Importe zu verringern. Im Zeitraum 1981 - 1985 wurden Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung von Heizöl durch Braunkohle und Erdgas und den Export von Erdölprodukten zu günstigen Preisen erzielt.

Diese Exportüberschüsse ermöglichten, Den „Sockel“ von 1980 - 1986 etwa auf gleichem Niveau in Höhe von 28 Mrd. VM zu halten. Ab 1986 gingen die Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Reduzierung der Preise für Erdölprodukte zurück; sie betragen von 1986 - 1988 nur noch rd. 1 Mrd. VM, während allein die Kosten und Zinsen für Kredite in diesem Zeitraum etwa 13 Mrd. VM ausmachten. Das bedeutete eine grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR.

Die Exportziele des Fünfjahresplanes 1986 - 1990 werden aufgrund der fehlenden Leistung und ungenügenden Effektivität mit 14 Mrd. VM unterschritten und der Import mit rd. 15 Mrd. VM überschritten. Darin sind die durchgeführten Importe an Maschinen und Ausrüstungen im Umfang von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Mikroelektronik, enthalten.

Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuß im Zeitraum 1986 - 1990 von 6 Mrd. VM.

Das war mit einem schnellen Anstieg des „Sockets“ auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d. h. auf 190 % gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des „Sockets“ entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.

Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35 % der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65 % der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, daß die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d. h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmewachstums des Staatshaushaltes eingesetzt werden.

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienstleistung - das Verhältnis von Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen - nicht mehr als 25 % betragen sollte. Damit sollen 75 % der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstleistung von 150 %.

Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der „Sockel“ wird bei einem NSW-Exportüberschuß von 0,3 - 0,5 Mrd. VM auf ca. 57 Mrd. VM Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Mrd. VM.

Wenn der Anstieg des „Sockets“ verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens vor 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30 % erfordert.

Es wird eingeschätzt, daß zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen:

Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Exportüberschuß	2,0	4,6	6,7	9,2	10,2	11,3

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der „Sockel“ wie folgt:

Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
„Sockel“	55,5	62,0	63,0	62,0	60,0	57,0

Für einen solchen Exportüberschuß bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.

Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfond bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden.

Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

II.

Welche Schlußfolgerungen können angesichts dieser Situation vorgeschlagen werden?

1. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele, die für die Zukunft gestellt werden, müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.

Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich.

Die grundlegende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen. Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muß als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.

Grundlegende Aufgaben sind:

- Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich bereits mit dem Plan 1990.
- Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Exportes sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.
- Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Mißverhältnis zwischen produktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d. h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätigen in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.
- Als Grundlage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht erbrachte Leistungen, Schulderei und selbstverschuldete Verluste Abzüge vom Lohn und Einkommen.
- Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlaß von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen.
- Zur Gewährung der Stabilität des Binnenmarktes und der Sicherung des NSW-Exportfonds müssen grundlegende Veränderungen in der Subventions- und Preispolitik erfolgen bei Erhaltung der sozial begründeten, den volkswirtschaftlich möglichen entsprechenden Maßnahmen. Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendung und Spekulation führen, sind zu beseitigen.

Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, kaufkraftbindende Maßnahmen erforderlich.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung durch die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter sowie durch höhere Veredlung zum Beispiel eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.

- Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75 % aller Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen beansprucht. Hinsichtlich des Wohnungsbaus ist vor allem auf der Grundlage der Nutzung der Kapazitäten in den Territorien schwerpunktmäßig die Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz zu sichern. Modernisierung, Erhaltung und Neubau von Wohnungen, vor allem in den vorhandenen Wohngebieten, sind auf das engste mit der Wohnraumwirtschaft und der Wohnungspolitik als Ganzes zu verbinden.

Auf diese Weise ist eine wesentliche Erhöhung des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und eine Beschleunigung der Kostensenkung zu verwirklichen; durch Entwicklung der Produktionsstruktur mit hoher Devisenrentabilität muß der Beitrag zum Nationaleinkommen erhöht werden.

## 2. Durchführung einer Wirtschaftsreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen.

Als erster Schritt ist eine bedeutende Senkung des Planungs- und Verwaltungsaufwandes auf allen Ebenen notwendig.

Vorhandene Elemente einer bürokratischen Zentralisierung in Leitung und Planung, deren Bearbeitung und Lösung nicht in der Zentrale möglich und erforderlich sind, sind abzuschaffen und die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe wesentlich zu erhöhen.

Dazu gehören

- Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.
- Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen, die inhaltlich entscheidend sind und zentral beeinflußt und entschieden werden müssen. Gleichermaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rund 40 auf 25 einzuschränken. Die Möglichkeit der Abschaffung der Erneuerungspässe ist im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der bestehenden Pflichtenhefte zu prüfen.
- Die Bilanzierung der Erzeugnissortimente ist den Kombinat als Hauptproduzenten zu übertragen. Es darf keine formale Festlegung der Erneuerungsrate der Produktion geben.
- Die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für den Prozeß der Plandurchführung ist als Voraussetzung für flexibles Regieren entsprechend den Bedürfnissen des inneren und äußeren Marktes im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Es müssen effektive Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR sowie international, besonders mit der UdSSR, organisiert werden.

Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate bzw. ihre Auslastung durch zentral bilanzierte Auflagen ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgegliedert werden können.

- Die Verantwortung der Produzenten sowie der örtlichen Staatsorgane für die Deckung des Bedarfs, insbesondere an Erzeugnissen der 1000 kleinen Dinge, ist durch Schaffung besserer materieller Voraussetzungen für die Klein- und Mittelbetriebe sowie für Handwerk und Gewerbe zu unterstützen; den ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage und entsprechender Preisbildung auf diesem Gebiet ist größerer Spielraum zu geben. Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten. Die Arbeitskräfteregulungen und die Investitionsmöglichkeiten sind großzügiger zu gestalten.
- Im Rahmen der auszuarbeitenden Grundsätze für die Eigenwirtschaft der Mittel durch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften einschließlich Handwerks- und Gewerbebetriebe ist ein Schwerpunkt darauf zu legen, Initiativen zur zusätzlichen Valutaerwirtschaftung materiell zu stimulieren. Sie sind an den Valutaerträgen zu beteiligen.
- Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg ist wesentlich zu erhöhen.
- Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.

Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.

## III.

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen.

Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR. Nach Abstimmung der Rohstofflieferungen der UdSSR und der Bezahlware der DDR dafür ist als nächster Schritt die Koordinierung der Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung auf den Gebieten der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Maschinenbaus notwendig. Dies gilt insbesondere für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höchstintegrierten Schaltkreise der Mikroelektronik und Rechenstechnik.

Die Produktion und Lieferungen der DDR müssen von mit der Umgestaltung sich wesentlich ändernden Investitionsbedarf der UdSSR ausgehen. Dabei ist die Konversion von Betrieben der Verteidigungsindustrie zu unterstützen. Es darf keine Vorbehalte zu neuen Formen der Zusammenarbeit geben (gemeinsame Betriebe). Entscheidend ist die Berechnung von Aufwand und Nutzen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern ist die konstruktive Zusammenarbeit unabhängig von der Unterschiedlichkeit der eingeschlagenen Wege bei Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR konsequent fortzuführen. In den Rohstofflieferungen muß die Gegenseitigkeit und auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie die Arbeitsteilung unter Nutzung der vorhandenen Potenzen der DDR erweitert werden.

## IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der in Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuß nicht sichtbar.

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um

25 - 30 % erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen. Aus diesem Grunde wird über die vorgenannten Schlußfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

4. Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln:
  - a) Im Interesse der Stärkung der produktiven Akkumulation sind alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen und Firmen der BRD sowie anderen kapitalistischen Ländern zu prüfen mit dem Ziel, mehr Waren für den Außen- und Binnenmarkt aus der Leistungssteigerung bereitzustellen. Die Refinanzierung ist aus diesen Objekten zu gewährleisten, wobei ein ökonomischer Nutzen für die DDR bzw. ein Export auf Drittmärkte ermöglicht werden muß.
  - b) Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann.
  - c) Zur Modernisierung von mittleren und Kleinbetrieben sowie von Handwerk und Gewerbe, besonders in der Textilindustrie, Der Schuhindustrie, Glas- und Keramik, Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft, deren Produktion unmittelbar versorgungswirksam werden kann, sind Kredite aufzunehmen, die durch Leistungssteigerung dieser Betriebe fristgemäß refinanziert werden.
  - d) Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Parteien liegt, interessiert.
  - e) Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, daß gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Ausweg aus der Lage der Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten II und III genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein sondern beschleunigt werden.

Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaeinnahmen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2 - 3 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitzuschale der Jahre 1996 - 1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Untersetzung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist es erforderlich, durch die Staatliche Plankommission ein Gesamtkonzept der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum 1991 - 1995 auszuarbeiten und dem Politbüro im Dezember vorzulegen.

Die Verwirklichung der dargelegten Maßnahmen erfordert eine straffe staatliche Leitung und Organisation.

V.

Mit diesen in Abschnitt IV dargelegten Vorschlägen läßt sich die DDR als Land des Sozialismus, als Mitglied des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe leiten von der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von der Politik des Dialogs der Vernunft und der Entspannung.

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus.

Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Sergejewitsch Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.

Um der BRD den ernsthaften Willen der DDR zu unseren Vorschlägen bewußt zu machen, ist zu erklären, daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR - BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen. Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Mrd. Mark entstanden ist.

Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.

[Quelle: BArch, DY 30/J IV 2/2A/3252]

Schreiben von Gerhard Schürer an Egon Krenz, 27.10.1989: Zur Zahlungsfähigkeit der DDR  
(Zusatzinformation zur GVS „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“)

Genossen Stoph  
zur Information

Generalsekretär des  
ZK der SED und Vorsitzenden  
des Staatsrates der DDR  
Genossen Egon Krenz  
Marx-Engels-Platz  
Berlin  
1 0 2 6

Berlin, den 27.10.89

Lieber Genosse Egon Krenz!

Zu Deiner Information übergebe ich Dir in der Anlage ein Zusatzmaterial zur Zahlungsfähigkeit der DDR.

Wir haben die darin enthaltenen Fakten nicht in die Analyse der ökonomischen Lage der DDR aufgenommen, da sie, wie vom Politbüro festgelegt, weiterhin strengster Geheimhaltung unterliegen müssen.

Mit sozialistischem Gruß

(Unterschrift)  
Gerhard Schürer

Anlage

Gerhard Schürer  
Geheime Kommandosache

b 5 - 1156/89  
2. Ausf., Blatt 1-3

Berlin, 27. Oktober 1989

Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“)

Die Zahlungssituation der DDR im Handel mit dem NSW ist dadurch gekennzeichnet, daß wir zur Einhaltung unserer Zahlungsverpflichtungen aus Krediten und Zinsen sowie zur Durchführung jährlicher Importe bereits jetzt weitestgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig sind.

Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei 8 - 10 Mrd. VM. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei ca. 400 Banken jeweils mobilisiert werden muß.

Kapitalistische Banken haben für ihre Kreditausreichung gegenüber den sozialistischen Ländern - ebenso wie gegenüber Entwicklungsländern - Länderlimate festgelegt.

Die weitere Beschaffung von Krediten in den Jahren bis 1995 ist maßgeblich abhängig von

- der Wirkung politischer Faktoren auf die Kreditvergabebereitschaft kapitalistischer Banken und der Haltung der Regierungen solcher Länder wie Japan und der BRD, die zu den wichtigsten Kreditgebern der DDR gehören;
- der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR, insbesondere der Außenhandelsentwicklung, der Kostenentwicklung, der Akkumulationskraft, der Geldstabilität, der Arbeitskräfteentwicklung usw.;
- der Beibehaltung relativ hoher Anlagen bei ausländischen Banken, die als Guthaben der DDR in Erscheinung treten, auch wenn es sich um Depositen und bereits mobilisierte, noch nicht eingesetzte Kredite handelt.

Bei Wahrung der Geheimhaltung über den tatsächlichen Charakter dieser „Guthaben“ tragen sie ganz wesentlich zum Ansehen der DDR als zuverlässiger Kreditnehmer bei.

Diese „Guthaben“ bestehen aus:

- Guthaben von Ausländern in Form von Depositen und Einlagen, die unsere Banken aufgenommen und wieder eingelegt haben, in Höhe von 5,3 Mrd. VM
- mit kapitalistischen Banken vertraglich vereinbarte Kredite, die bis zu ihrem Einsatz von uns angelegt werden, in Höhe von 8,4 Mrd. VM
- Umlaufmittel des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von 2,7 Mrd. VM
- Valutaguthaben von DDR-Bürgern 0,3 Mrd. VM

Bei Information über Guthaben der DDR, die durch ausländische Banken oder Kreditinstitutionen erfolgen, werden alle diese Mittel als „Guthaben der DDR“ angesehen, da die tatsächlichen Quellen diesen Banken nicht bekannt sind.

Für die Kreditwürdigkeit der DDR ist das sehr positiv, für die tatsächliche Verschuldung jedoch wirkungslos.

Bei einer Einbeziehung dieser Faktoren in unseren Ausweis der Verschuldung müßten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten in gleicher Höhe aufgenommen werden.

Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten daraus bleibt unverändert.

Im Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit ist eine absolute Geheimhaltung dieser Fakten erforderlich. Sie dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden.

[Quelle: PdV]